

ZEITUNG IN DER ZEITUNG

Seiten zur Politik vom SPD-Landtagsabgeordneten Heinrich Aller

Ausgabe 69 | April 2012

**FASZINIERENDE ZAUBERWÖRTER:
„ZUKUNFTSVERTRÄGE“, „RETTUNGSSCHIRME“,
„FISKALPAKTE“ UND DERGLEICHEN...**

ALLER: SYMBOLPOLITIK LÖST KEINE PROBLEME

Rund fünf Milliarden Kassenkredite stehen bei den niedersächsischen Kommunen in den Büchern. Ein Albtraum für alle Kämmerer: Eine Zeitbombe, die in den Haushalten tickt, wenn sich das Zinsniveau deutlich nach oben verändern würde. Keine Frage also: Die Finanzlage vieler Kommunen ist prekär. Längst sind auch in Niedersachsen Kommunalhaushalte „auskonsolidiert“. Seit Jahren bestimmt der Rotstift die Konsolidierungsbemühungen oder Haushaltssanierungsprogramme. Herumgedoktert wird an den Symptomen, aber nicht an den Ursachen der rapide angestiegenen Verschuldung. Die sogenannten freiwilligen Leistungen sind vielerorts auf ein Minimum zusammengestrichen.

Der Unterschied zwischen der Leistungsfähigkeit der so genannten abundanten – also reichen – und den notorisch armen und finanzschwachen Gebietskörperschaften wird ständig größer. Niedersächsische Kommunen unterscheiden sich in diesem Punkt nicht von denen in anderen Bundesländern.

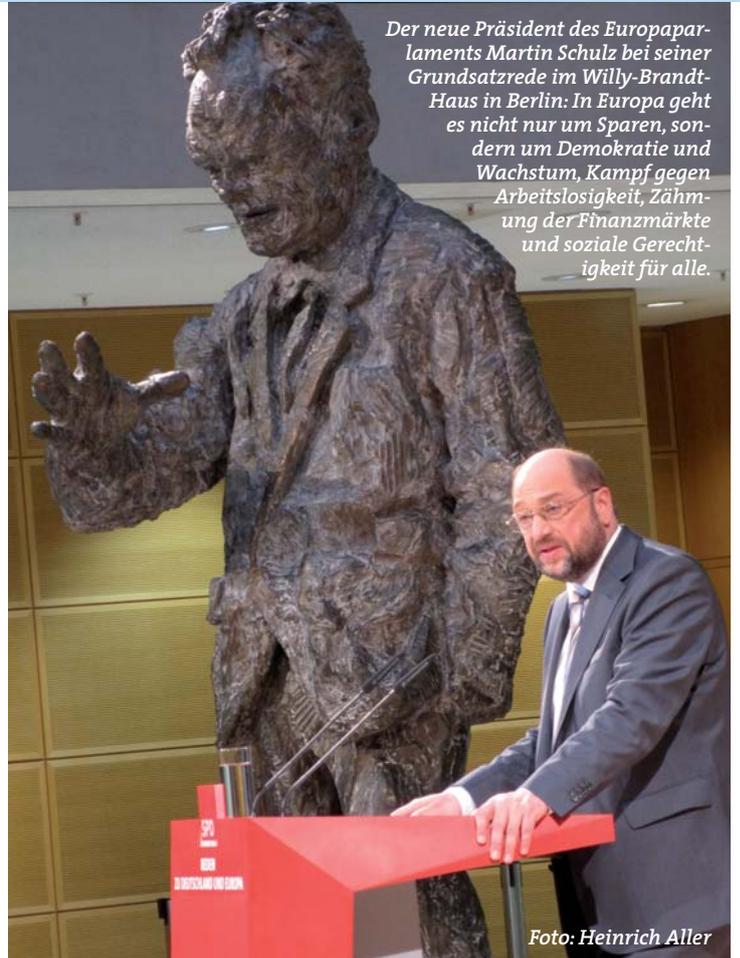
Die deutschen Gemeinden müssen finanziell besser ausgestattet wer-

den. Maßnahmen zur Verbesserung der Finanz- und Steuerkraft müssen nachhaltige Wirkung erzielen. Ein fruchtloser Streit um die sofortige Neuverteilung oder gar Abschaffung des Soli bringt nichts und lenkt nur vom eigentlichen Problem ab.

GERECHTE FINANZAUSSTATTUNG

Fest steht nämlich: In den Kommunen und durch die Kommunen wird

der überwiegende Teil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens organisiert. Es liegt also im gesamtstaatlichen Interesse, dass die Kommunen leistungs- und handlungsfähig sind. Die Rahmenbedingungen haben Bund und Länder durch eine aufgabengerechte Finanzausstattung sicherzustellen. Was so einfach klingt, ist im Rahmen der Finanzverfassung extrem schwierig. **Fortsetzung auf Seite 2**



Der neue Präsident des Europaparlaments Martin Schulz bei seiner Grundsatzrede im Willy-Brandt-Haus in Berlin: In Europa geht es nicht nur um Sparen, sondern um Demokratie und Wachstum, Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Zählung der Finanzmärkte und soziale Gerechtigkeit für alle.

Foto: Heinrich Aller



Frohe Ostern wünscht das „ZidZ“-Team allen Leserinnen und Lesern! Genießen Sie die freien Tage und erholen Sie sich gut!



Neue Energie für eine neue Zeit: Zum Thema „Repowering in der Windenergie“ hatte die SPD Dedensen eingeladen und ganz viele kamen.



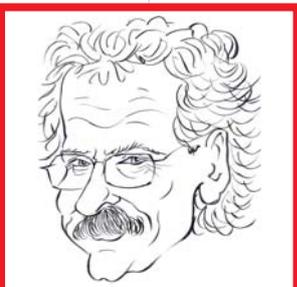
Messe-Hochburg Hannover: CeBIT und Hannover Messe – in der Landeshauptstadt trifft sich die Weltwirtschaft. Mit dabei ist auch Heinrich Aller.

Fortsetzung von Seite 1

Alle bisherigen Anläufe für eine zukunfts-feste Gemeindefinanzreform sind gescheitert. Gerade deshalb ist Wachsamkeit angesagt, wenn die Politik – in welchem Bundesland auch immer – mit immer neuen Modellen der um sich greifenden kommunalen Finanznot beikommen will.

In Niedersachsen wurde mit gewaltigem öffentlichen Aufwand im Dezember 2009

die Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung zur Zukunftsfähigkeit der niedersächsischen Kommunen“ abgefeiert. Öffentlichkeitswirksam haben sich der damalige Ministerpräsident Christian Wulff und Kommunalminister Uwe Schünemann als vermeintlich faire Sachwalter der Kommunen in die Pflicht



Heinrich Aller fordert seit Jahren eine faire und solide Finanzausstattung der Kommunen.

nehmen lassen. Das war geschickt eingefädelt. Unter dem Titel „Zukunftsvertrag“ wollte der damalige Medienmacher in der Staatskanzlei, Olaf Glaeseker, seinen MP nach dem Hochschulpakt mit einem weiteren „Vertrag“ als ehrlichen Makler in der Niedersachsenpolitik positionieren. Immerhin: Die Spitzenverbände wollten das Vertragswerk mit dem Titel „Zukunftsvertrag“ nicht unterschreiben. Das hinderte die Verfasser nicht, die Regierungsbotschaft im kleingedruckten Untertitel einzuspielen. In der offensiven Lesart der Landesregierung wurde das Instrument der Entschuldungshilfe zum „Goldenen Zügel für Fusionen“ von notleidenden Kommunen.

MITTEL WERDEN NICHT REICHEN

Ganz aktuell stand der „Zukunftsvertrag“ in diesen Tagen wieder auf dem Prüfstand – in Hitzacker beim Niedersächsischen Städtetag (NST) und im Niedersächsischen Landtag. Die Ansagen des Kommunalministers Schünemann wirken hilflos: Jede Kommune, die die Voraussetzungen erfülle, könne in den Genuss einer Entschuldung kommen. Diese Zusage wird schon an den bei weitem nicht ausreichenden Mitteln im Doppelhaushalt 2012/13 scheitern. Das Ergebnis der Landtagsdebatte ist ernüchternd. Der Entlastungseffekt der gewaltigen Summe von 1,26 Milliar-

den Euro ist für die „Mitmachkommunen“ begrenzt. Die finanzschwächsten Kommunen selbst werden weiter „in die Röhre gucken“. Der Topf reicht nicht aus und die strickten Bedingungen für Fusionen und Eigenentschuldung sind kaum zu erfüllen. Natürlich weiß Kommunalminister Schünemann, dass ein strukturelles Haushaltsdefizit, das durch anhaltend unterdurchschnittliche Einnahmen besteht, durch eine noch so restriktive Ausgabenpolitik mit seinen „Instrumentenkasten“ nicht gelöst werden kann. Seine Androhung von „Zwangmaßnahmen“ geht deshalb ins Leere. Ohne Moos nix los – auch für einen Staatskommissar ist ohne angemessene Finanzausstattung keine Lösung in Sicht. Niedersachsen braucht deshalb

abgestimmte und gezielte Strukturhilfen für strukturschwache Regionen und Kommunen. „Dafür fehlen schlicht die Mittel,“ sagte MP McAllister in Hitzacker.

ALLER: AUSGLEICHSFUNKTION DER REGION WAHRNEHMEN

Ich stehe längst nicht mehr allein mit meiner Forderung, unverzüglich ein Paket zu schnüren, um den finanzschwächsten unter den finanzschwachen Kommunen nachhaltig zu helfen. Dieser „Dritte Weg“ schließt ein, dass die Mittel der EU-Förderung für die Jahre 2014-2020, Bundes- und Landesprogramme gebündelt und genutzt werden und die Region Hannover und Landkreise in Niedersachsen ihre Ausgleichsfunktion viel effizienter wahrnehmen müssen. Hier kommt Bewegung in die Diskussion! Die Landesregierung hat die Dramatik noch immer nicht erkannt. Sie kneift bei der überfälligen Kreisreform und wirft Nebelkerzen in der Frage der aufgabengerechten Finanzausstattung der Kommunen. Das muss sich nach dem 20. Januar 2013 ändern.

UNDICHTE RETTUNGSSCHIRME

Im Zusammenhang mit der Finanz-, Euro- und Schuldenkrise wurden „Rettungsschirme“ von gewaltigem Umfang aufgespannt. Es stimmt: Jeder Vergleich hinkt – mal mehr, mal weniger. Wenn aber die



„Repowering“ in Dedensen: Über die Ansiedlung von Windkraftanlagen informierte jetzt die örtliche SPD-Abteilung bei einer Veranstaltung.



Zu Gast aus dem Wahlkreis und Betreuungsgeliebte: Letzte Woche konnte Heinrich Aller wieder eine Besuchergruppe im Landtag begrüßen.



Ehre wem Ehre gebührt: Der SoVD um Friedel Jördens ehrte in Barsinghausen verdiente Mitglieder – Heinrich Aller gratulierte.



Einweihung des neuen Spielplatzes Sohnreyweg in Letter: Die Politik war mit dabei und probierte sich gleich aus – so auch Rolf Hackbarth.



Streik während der CeBIT: Die Gewerkschaften fordern 6,5% mehr Lohn. Heinrich Aller sagt: Gute Arbeit muss gut entlohnt werden!



Neue Abteilungsvorsitzende: Sandra Sender steht nun der SPD Letter vor – hier mit Urgestein Curt Köhne, Stadtdirektor a.D., im Vordergrund.



Gute Nachbarschaft zwischen Niedersachsen und Niederlande: Heinrich Aller, Silva Seeler und Vizepräsident Dalhuisen von der Partij van de Arbeid.



Ein würdiger Pate: Das Seniorenzentrum Körtingsdorf wurde von AWO-Chef Axel Plaupe auf den Namen „Bernhard-Kreibohm-Haus“ getauft.

angebotene Entschuldungshilfe in Niedersachsen an den faktischen Verzicht auf eigenständige Politik gekoppelt wird, lohnt es sich, genau hinzusehen. Gemessen werden muss die Nachhaltigkeit des Zukunftspaktes in Niedersachsen und der Griechenlandhilfe mit ihren rigiden Auflagen nicht am Titel oder der angeblichen „Alternativlosigkeit“, sondern an Inhalt und Erfolg. Längst hinterfragen Experten, Bürger und Steuerzahler dieses „Totschlagargument“.

Die Faszination der Zauberwörter liegt offenbar darin, dass sie Handlungswillen und Lösungskompetenz signalisieren sollen. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit von den immer neuen Zukunftsverträgen und Rettungsschirmen muss gestellt werden. Ob der jetzt zu beschließende Fiskalpak das vorläufige Ende eines von den Ratingagenturen bestimmten Wettbewerbs um Margen und Profite ist, kann bezweifelt werden. Tatsächlich ist der „Zukunftsvertrag“ mehrfach nachgebessert worden. Die Rettungsschirme wurden zur Freude der Finanzmärkte am Anfang nicht konsequent und später im Stile einer Springprozession nachgerüstet und aufgestockt. Niemand wird bestreiten können, dass der „Zukunftsvertrag“ in Niedersachsen, „Rettungsschirme“ und „Fiskalpak“ auf EU-Ebene Reaktionen auf lange vorhersehbare Probleme in der Finanzwirtschaft und in den öffentlichen Haushalten sind. Sachzwänge, Alternativlosigkeit und Zeitdruck funktionieren als Begründung längst nicht mehr.

UNTER LEGITIMATIONSZWANG

Deshalb kommen Merkel und McAllister unter Legitimationszwang. Verträge, Pakte und Rettungsschirme mit Bindungswirkung für Parlamente und nachfolgende Regierungen gehören auf den Prüfstand. Es geht um Budgetrecht, Verteilung von Vermögen und Armut in Staat und Gesellschaft, Handlungs- und Leistungsfähigkeit von Staaten und Kommunen. Entscheidungen dieser Tragweite können nicht in Zweiergesprächen, Neuner-Grüppchen oder exklusiven Regierungszirkeln ausgehandelt werden. Ohne Transparenz wird es keine Akzeptanz geben. Ohne demokratische Legitimation keine tragfähige Lösungen.

Was haben also globale Finanzkrise, Eurokrise, Staatsschuldenkrise und kommunale Finanz- und Haushaltsnotlagen gemeinsam? Die Antwort ist einfach: Ob Rettungsschirme oder Zukunftsvertrag – in der Regel geht es um nachhaltige Konzepte kluger Haushaltskonsolidierung bei gleichzeitiger Sicherung der politischen Handlungs- und Leistungsfähigkeit. Vordergründig geht es um fehlendes Geld und notwendige Reformen. Die Unzufriedenheit der Menschen mit den Methoden und Mechanismen, die die Macher zur Krisenbewältigen einsetzen, nimmt zu. Das gilt für die Kommunen in Niedersachsen, die wegen ihrer strukturellen Defizite politisch auszubluten drohen, ebenso wie für EU- oder EWU-Mitgliedstaaten, die auf externe Unterstützung angewiesen sind.

EUROPA MUSS MEHR ALS EINE FINANZUNION WERDEN

Fiskal-, steuer- oder haushaltspolitisch allein ist den Problemen nicht beizukommen. Für Europa wird jetzt der Weg in eine stabile Finanz- und Währungsunion mit der Durchsetzung einer Wirtschaft- und Sozialunion offen diskutiert. Dabei wird Solidarität keine Einbahnstraße sein können. Wer jedoch von Europa mehr erwartet, muss auch schneller bereit sein, konkrete Entscheidungen zu treffen. Aus Sicht der Haushaltskonsolidierung und Finanzierung von Zukunftsinvestitionen müssen deshalb beispielsweise die Finanztransaktionssteuer, die Steuerharmomisierung und – endlich – die Begrenzung des Einflusses der Ratingagenturen durchgesetzt werden.

RÜCKEROBERUNG DER POLITIK

Man braucht nicht viel Fantasie, um die Parallelen zwischen den Regionen und Gebietskörperschaften in Niedersachsen mit vergleichbaren Entwicklungen auf europäischer Ebene vorzusehen.

Heiger Scholz, Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages, schrieb dazu:

„Vor allem aber liegt es an der Finanznot der Städte und Gemeinden: Wer keine Luft mehr bekommt, der verzichtet eben auf Schulen, Bauaufsicht, Jugendamt oder Kulturförderung, [...] die Diskussion um Kindertagesstätten [kommt] hinzu...“ ■